

GRÜNES

Nachrichten aus dem Kreisverband Esslingen

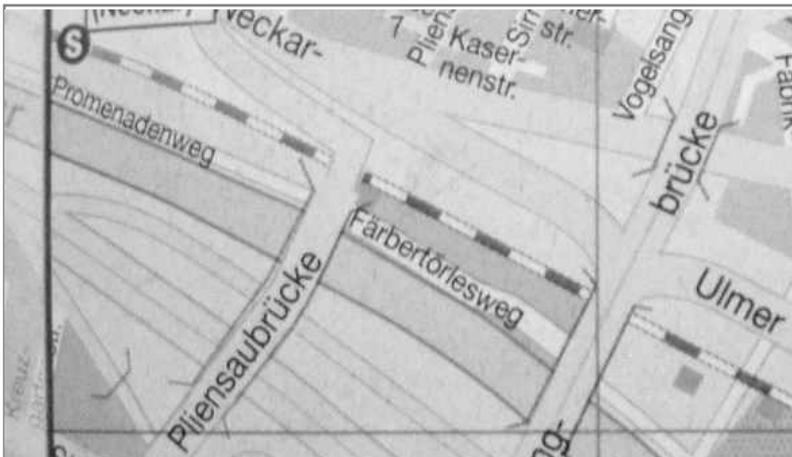
Einladung zur Kreismitgliederversammlung

am Montag, 6. Oktober 2008, 19:30 Uhr

in Esslingen im Kanurestaurant
Färbertörlesweg 19

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Berichte der Abgeordneten
3. Wahl der fünf Delegierten für die BDK in Erfurt von 14. bis 16. November
4. Verschiedenes

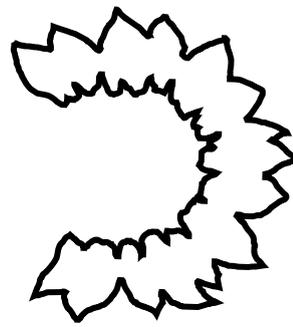


Kanurestaurant: Von der Pliensaubrücke (Fußgängerbrücke) südlich der Gleise nach unten in den Färbertörlesweg gehen.

Haltestelle Hauptbahnhof oder Parkhaus Pliensauturm

<http://www.kanu-restaurant.de>

Liebe Mitglieder...



die Sommerzeit haben viele genutzt, um einmal die Füße hochzulegen und auszuspannen. Doch auch ruhigere Zeiten bleiben nicht ohne Ereignisse und Entwicklungen. Es gibt von daher gleich nach der Sommerpause Neues zu berichten, was dem Kreisverband Esslingen im Bereich der Personalentwicklung neue Perspektiven eröffnet und zugleich personelle Zukunftschancen im Bundestag sichert.

Unsere für die Bundestagswahl nominierten Kandidatinnen Dr. Uschi Eid und Andrea Lindlohr haben nämlich in der Zwischenzeit auch ihre Bewerbungen für die Nominierung auf der Landesliste abgegeben. Die Ambitionen sind zwar ehrgeizig, aber durchaus realistisch: Sowohl unsere langjährige Bundestagsabgeordnete Uschi Eid, als auch unsere Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Esslingen, Andrea Lindlohr, werfen ihren Hut für aussichtsreiche Bewerbungen in den Ring.

Bekanntermaßen wird Uschi Eid für den noch aussichtsreichen Listenplatz 9 kandidieren und damit aller Voraussicht nach wieder in den Bundestag zurückkehren. Die bereits vor Monaten angekündigte Kandidatur von Uschi Eid wird auf Landesebene durchweg positiv goutiert. Kreisvorstand und Kreisverband müssen trotzdem alles tun, um Uschi Eid auf der Nominierungsversammlung am 11. Oktober in Schwäbisch Gmünd die nötige Unterstützung zu sichern.

Andrea Lindlohr hat in Absprache mit dem Kreisvorstand und mit Kenntnis ihrer Kollegin aus Nürtingen ebenfalls Ambitionen auf einen aussichtsreichen Listenplatz angemeldet. Es zeichnete sich nämlich auf Listenplatz 7 keine für die Delegierten aus dem Wahlkreis Esslingen wählbare Alternative ab. Glaubt man nicht nur der beliebten Kaffeesatzleserei, sondern auch den Aussagen zahlreicher Landesgrünen, so reicht die Unterstützung für Andrea Lindlohr mittlerweile in weite Teile anderer Kreisverbände. Auch für den Wahlkreis Esslingen strebt deshalb der Kreisverband die Absicherung der Kandidatin auf einem aussichtsreichen Platz der Landesliste an. Damit dies gelingen kann, ist aber noch viel Überzeugungsarbeit bei den Delegierten zwischen Wertheim und Konstanz zu leisten. Der Kreisvorstand bittet allen Einfluss zu nutzen, den Mitglieder und Mandatsträger des Kreisverbandes über die Landkreisgrenzen hinaus haben.

Die Entscheidung des Kreisvorstandes, zwei aussichtsreiche Kandidaturen zu unterstützen, ist nicht ohne Restrisiko. Sie bietet aber die Chance, eine personell stärkere Landesliste aufzustellen. Diese Bundestagsabgeordneten können die Südwest-Grünen mit ihrer typischen Handschrift dann auch besser in Berlin vertreten. Unabhängig von diesen bundespolitischen Ambitionen wird der Kreisvorstand in nächster Zukunft mit beiden Kandidatinnen die Essentials einer gemeinsamen Wahlkampagne im Kreisverband diskutieren. Der Kreisverband hat zwar die Last zweier Wahlkreise zu schultern, daraus kann aber auch durchaus die Lust erwachsen, es mit dem politischen Gegner gleich zwei Mal aufnehmen zu können. Gemeinsam stärker - so könnte von daher auch das Motto unserer beiden Bundestagskandidatinnen lauten.

Euer Kreisvorstand

Niederlage für die Menschenrechte?

Mit einer glanzvollen Abschlussfeier gingen die Olympischen Spiele so zu Ende, wie sie begonnen haben – China präsentierte sich als modernes Land mit langer Tradition. Und es profilierte sich als perfekter Organisator von Olympia. Dennoch ist es falsch, dass das Internationale Olympische Komitee die Spiele an China vergab. Ein Land, in dem noch immer Uiguren, Tibeter, Mongolen und andere gesellschaftliche und religiöse Gruppen unterdrückt werden. Ein Land, das durch unfaire Gerichtsverfahren und Folterungen noch weit von einem demokratischen Rechtsstaat entfernt ist. Ein Land, dessen Behörden keine der über 70 angemeldeten Protestkundgebungen bei den Olympischen Spielen zugelassen hat. Dennoch wäre ein Boykott der Spiele nicht das richtige Zeichen gewesen. Denn in der Diskussion um China und bei aller Solidarität mit Tibet darf eines nicht vergessen werden: China hat sich verändert. Das bevölkerungsreichste Land der Erde kann über die vergangenen Jahre erhebliche Fortschritte im Umwelt-, Demokratie- und auch Menschenrechtsbereich vorweisen – auch wenn diese längst nicht zufriedenstellend sind.

Ich begrüße die Entscheidung der Bundeskanzlerin und des Vizekanzlers, nicht zur Eröffnungsfeier nach Peking gereist zu sein. Der Sport darf nicht innenpolitisch instrumentalisiert werden und die Olympischen Spiele sind wahrlich nicht der Ort, um Schaulaufen für die Wähler zu Hause zu betreiben. Der Sport kommt gut ohne die Anwesenheit von Spitzenpolitikern zurecht. Das zeigten auch die Russin Natalja Paderina und die Georgierin Nino Salukwadse. Die beiden Schützinnen nahmen sich bei der Siebgehrung in den Arm. Das war eine



Geste, die nicht nur die Menschen in Russland und Georgien tief bewegte. „Für Hass ist in dieser Welt kein Platz. Das können Olympia und wir Sportler zeigen“, sagte Salukwadse mit Tränen in den Augen. Der russische Premierminister Wladimir Putin hatte zuvor bei der Eröffnungsfeier im Pekingener „Vogelnest“ gesessen, während im Kaukasus der Krieg tobte.

Ob die Olympischen Spiele ein Impuls für Frieden sowie positivere demokratische und rechtsstaatliche Entwicklungen in der Volksrepublik sein könnten, ist im Moment noch offen.

Aber eine unreflektierte Anti-China-Haltung hilft nicht weiter; vielmehr sollte der Dialog mit China über Demokratie und Menschenrechte gesucht und vertieft werden.

Uschi Eid

Wenig Weitblick bei Entscheidungsfindung um den „Großen Forst“

In meinem Wahlkreis Nürtingen erhitzt seit Monaten der mögliche Bau eines Logistikzentrums der Hugo Boss AG auf dem „Großen Forst“ die Gemüter der Kommunalpolitiker und Bürger.

Darum traf ich mich Ende August mit Bruno Bienzele, der sich mit der „Initiative Bürgerbegehren Großer Forst“ gegen die Versiegelung des Gebiets einsetzt. Er kritisiert, dass die ökonomischen und ökologischen Auswirkungen durch die Bebauung des Großen Forsts bei den Entscheidungsträgern kaum Beachtung finden.

Es wäre ein großer Eingriff in die Natur, wenn durch den Bau des Logistikzentrums 15 Hektar Fläche wertvollsten Ackerlands

versiegelt werden, denn dies hätte unüberschaubare ökologische Risiken zur Folge. Das gute Erdreich im Großen Forst nimmt Niederschläge auf und hilft somit, den Wasserkreislauf zu regulieren. Durch die Versiegelung der Fläche würde das Regenwasser nicht mehr in die Erde gelangen, sondern zum Großteil in den Neckar fließen. Hierdurch bestünde die Gefahr, dass der Grundwasserspiegel innerhalb weniger Jahre um circa fünf Zentimeter absinkt und die Wasserhöhe des Neckars ansteigt.

Nach dem Hochwasserschutzplan des Landes, der derzeit überarbeitet wird, muss der Neckardamm um etwa zwei Meter erhöht werden und hier ist die zusätzlich notwendige Erhöhung durch das ablaufende Wasser des Großen Forsts noch nicht einmal einberechnet.

Uschi Eid



Symposium „Globale Erwärmung und nachhaltiges Wassermanagement“

Die EXPO 2008 im spanischen Saragossa widmete sich dem Thema „Wasser und nachhaltige Entwicklung“, also einem Kernthema des „Beraterkreises für Wasser und Sanitärversorgung des UN-Generalsekretärs“ (UNSGAB). Als stellvertretende Vorsitzende von UNSGAB nahm ich dort Ende Juli am japanischen Nationaltag teil, bei dem ich

den japanischen Kronprinzen Naruhito (links im Bild, hier beim UNSGAB-Treffen in Tokio), den Ehrenpräsident des Beraterkreises, traf. In meiner Begrüßungsrede hob ich hervor, wie dringend Maßnahmen im Wassermanagement ergriffen werden müssen, um ein ökonomisches und ökologisches Desaster, das vielen Menschen ihr Leben kostet wird, zu verhindern.

Uschi Eid

Kraftwerksneubau bringt die Positionen auf den Tisch

Gibt es einen grünen Kohleausstieg?

Wie hältst Du es mit der Kohle? Das scheint die neue grüne Bekenntnisfrage zu sein. Die unterschiedlichen grünen Positionen - und nicht bei Bürgermeistern - zur Beteiligung einiger Stadtwerke inklusive Tübingen und Konstanz am Neubau eines Kohlekraftwerkes in Brunsbüttel haben das auf den Tisch gebracht.

Noch zur letzten Bundestagswahl war das kein Thema für uns. In großem Konsens haben wir in unserem Wahlprogramm 2005 die „4 X 25“ beschlossen:

„Unser Ziel bis 2020 heißt: »4 x 25«. Aus Erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen wollen wir bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts ein Viertel der Stromversorgung, ein Viertel der Wärmenutzung, ein Viertel des Kraftstoffverbrauchs und ein Viertel der heute noch chemisch produzierten Güter herstellen. (...) . Wir setzen auf die drei starken »E« Erneuerbare, Energieeffizienz, Einsparen. (...) Wir sind ins solare Zeitalter aufgebrochen, wissen aber auch, dass wir noch nicht soweit sind, auf fossile Energieträger ganz verzichten zu können. Wir setzen auf Kraft-Wärme-Kopplung und darauf, Erdgas und Kohle so effizient wie möglich zu verstromen.“

Ehrgeiziger beim Strom

Heute wollen wir wegen ökologischer Fehlwirkung zunächst keinen 25 Prozent Bio-Kraftstoffanteil mehr. Dafür sind wir beim Strom zurecht ehrgeiziger: Im „Energiekonzept 2.0“ der grünen Bundestagsfraktion von Juni 2007 sind für 2020 dort 43 Prozent Erneuerbare vorgesehen - so schnell ändern sich unsere Prognosen und Ziele. Angesichts des schnellen Ausbaus besonders der Windkraft in Nord- und Mitteldeutsch-



land und von 14 Prozent Erneuerbare am Stromverbrauch 2007 ist dies mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen durchaus erreichbar.

Strom weiter überwiegend fossil

Gemeinsam sind den 25 Prozent und 43 Prozent aber eines: 2020 bleibt - bei einem dann nur noch marginalen Atomstromanteil - eine mehrheitlich fossile Stromerzeugung übrig. Auf mehr Erdgas in der Stromerzeugung, das weniger CO₂ verursachen würde, können wir im Moment dabei nicht setzen: Langfristige Gas-Lieferverträge sind gerade für kommunale Versorger kaum zu bekommen, und sehr teuer wäre das Gas ohnehin. Ob dies nun an russischer Geopolitik, einem zu kleinen Pipelinenetz oder dem Quasi-Monopol von E.On Ruhrgas liegt, sei dahin gestellt.

Müssen wir für unsere Energie- und Klimaziele jeden Neubau eines Kohlekraftwerkes verhindern? Ende 2006 haben wir auf der BDK ein Moratorium für den Kohle-Neubau

beschlossen. Dies angesichts der dramatischen Klimaprognosen, die endlich auch in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Und weil in Deutschland viele neue Kohlekraftwerke projektiert werden, gegen die Bürgerinitiativen und Umweltschützer vor Ort kämpfen. Diese Projekte waren jedoch angesichts des überalterten Kraftwerksparks absehbar. Viele Kraftwerke stammen aus dem 60er Jahren, Wirkungsgrade von unter 30 Prozent sind durchaus üblich.

Strom aus Kohle - lieber neu als alt?

Wenn nun ein neues Kohlekraftwerk mit einem Wirkungsgrad von zum Beispiel 55 Prozent bei neuerer Technik und nur suboptimaler Wärmeauskopplung heute ans Netz geht, spart es dann in seiner Lebensdauer CO₂, weil es eine alte Dreckschleuder ersetzt, oder wird das neue Kraftwerk im Jahr 2020 folgende den Umstieg auf die Erneuerbaren behindern und womöglich die alte Dreckschleuder weiterlaufen? Diese Frage muss für Grüne diskutierbar sein. Ihre Ant-

wort hängt an Faktoren wie der richtigen Ausgestaltung des CO₂-Zertifikatehandels und der Entwicklung im Weltmarkt.

Klima - nicht nur eine Frage der Kohle

Statt der neuen Bekenntnisfrage sollten für uns die entscheidenden Stellschrauben für einen wirksamen Klimaschutz im Vordergrund stehen, und die lassen sich nicht an einem einzelnen Brennstoff wie Kohle festmachen:

Endlich - mit Zuschüssen wie Ordnungspolitik - Energie bei Strom, Wärme und Verkehr sparen! Die Stromversorger von ihrem Netzmonopol trennen und mit einem Netzausbau den Windstrom in den Süden bringen! Die großen Versorger zu mehr Kraftwärmekopplung zwingen und damit Investitionen in eine höhere Effizienz der Stadtwerke rentabel machen! Und alle Restblockaden für die Erneuerbaren Energien von den Fallstricken des Baurechts bis zur süddeutschen Windkraftbekämpfung aus dem Weg räumen!

Andrea Lindlohr

FILDERDANK-FEST

**Sonntag, 28. September 2008
auf dem Hagenbrunnenhof bei Scharnhausen**

Programm:

11.00 Uhr: Beginn

11.15 Uhr: Begrüßung durch Gabi Visintin (Schutzgemeinschaft Filder)

11.30 Uhr: Ökumenischer Gottesdienst anschließend gutes Mittagessen:
Rote Würste, Gegrilltes, Salate (aus dem Fildergarten), Kaffee & Kuchen,...

14.00 Uhr: Politische Bewertung, kurze Reden von Christof Bolay, OB Ostfildern, Vertreter des Kommunalen Arbeitskreis Filder (KAF) und Steffen Siegel, Schutzgemeinschaft Filder

15 bis 17 Uhr: Musik von „The Cubes“ (Piano trifft Rock und Pop)

Über den ganzen Tag:

<> Hocketse; miteinander Schwätzen, Musikalisches mit Jugendgruppen <> Politikecke; Sie können Politikern auf den Zahn fühlen <> Spielmobil; Spiele für Jung und Alt <> Eindrucksvolles Startbahnmodell dreier Modellbauer aus Neuhausen

Man kann beim Hof und in den Feldern nicht parken!!! Kommen Sie aus den Nachbargemeinden zu Fuß oder mit dem Fahrrad.

Verschuldung runter, mit Region kooperieren



Alle acht Jahre werden in Baden-Württemberg die Landräte durch den Kreistag gewählt. Im Landkreis Esslingen stand im Juli die (Neu (?)-) Wahl des Landrats an. Die Kreistagsfraktion der Grünen hatte im Vorfeld der anstehenden Landratswahl ein Gespräch mit Landrat Heinz Eininger.

Neben der Formulierung seiner Ziele für die nächste Amtsperiode waren Schwerpunkte des Gesprächs die Themenbereiche Finanzen, Kliniken, Ökologie, Flächenversiegelung, regionale Zusammenarbeit, öffentlicher Personennahverkehr und das Berufsschulwesen.

Die Kreistagsfraktion begrüßt die weitere Reduzierung der Verschuldung. „Eine konsequente Entschuldung wird Maßgabe in der Kreispolitik in den kommenden Jahren sein“, so Fraktionsvorsitzende Marianne Erdrich-Sommer. Der Landrat müsse die bis-

lang formulierten Ziele mit dem Kreistag nachjustieren und noch ehrgeiziger formulieren.

Die Ökologie nahm breiten Raum ein im Gespräch mit dem Landrat: „In seiner Amtszeit wurden einige Vorschläge und Anregungen der Grünen zur Umwelt- und Energiepolitik aufgegriffen“, urteilt Andreas Schwarz, stellvertretender Fraktionsvorsitzende im Nachgang zu der Fraktionssitzung. Er macht aber auch deutlich, dass die formulierten Klima-schutzziele des Kreises nun konkretisiert werden müssen. Zum Umwelt- und Naturschutz gehöre ferner eine Reduzierung des Flächenverbrauchs. Hier sehen die Kreistagsgrünen noch Handlungsbedarf, um zu einer nachhaltigen Flächenpolitik zu kommen.

Die Zusammenarbeit mit anderen politischen Gremien nahm ebenfalls Raum ein. Lob erhielt die gut vorbereitete und überparteiliche Sitzungsführung von Heinz Eininger. Im Sinne eines erweiterten Demokratieverständnisses ist aber eine gute Zusammenarbeit mit anderen politischen Gremien und Gebietskörperschaften von hoher Bedeutung. „Um dem anhaltenden Flächenfraß Einhalt zu gebieten, ist eine abgestimmte regionale Planung wichtig“, heißt es in der Pressemitteilung. Insofern wird eine gute Zusammenarbeit mit der Region gefordert.

Am 17. Juli wählten schließlich von 92 anwesenden Mitgliedern des Kreistags 83 Kreisrätinnen und Kreisräte Heinz Eininger zum Landrat auf weitere acht Jahre.

Andreas Schwarz

Grüne Energiepolitik in den Konzessionsvertrag!

Örtliche Stromnetze rekommunalisieren

Alle Jahre wieder - genauer gesagt alle 20 Jahre wieder - stehen die Neuvergaben der Konzessionsverträge zur Errichtung und zum Betrieb der örtlichen Stromnetze auf der kommunalpolitischen Tagesordnung. Der Kommunalwahlkampf 2009 bietet hier Gelegenheit zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den in den meisten Kommunen des Landkreises 2012 auslaufenden Verträgen.

Schon die Netzurückkauf-Initiative 1997 in Schönau machte deutlich: Wer das Stromnetz betreibt, gestaltet die Energiepolitik vor Ort. Trotz der Liberalisierung und dem Erfolg des EEG hat diese Erkenntnis immer noch Bestand.

Dezentral und mit Klimanutzen

Eine Rekommunalisierung der Stromnetze stärkt unseren Ansatz der dezentralen, erneuerbaren Energieversorgung, also den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraftwärmekopplung, die Nutzung von Abfallhölzern und verholztem Grünschnitt als Energieholz, den Ausbau klimafreundlicher Nah- und Fernwärmeversorgungen, Ökostromangebote mit tatsächlichem Klimanutzen, Energieeffizienz und vieles mehr. Wirtschaftspolitisch bedeutet eine Rekommunalisierung eine Stärkung der regionalen Wirtschafts- und Finanzkreisläufe sowie des regionalen Arbeitsmarktes, was sich insgesamt positiv auf die Steuereinnahmen der Kommune auswirkt.

Auch ohne Netzübernahme

Aber auch ohne eine Netzübernahme halten die Kommunen bei der (eigentlich) hoheitlichen Aufgabe der Neuvergabe des Konzessionsvertrags ein wichtiges, energiepolitisches Pfand in Händen. Mit dem Abschluss des Musterkonzessionsvertrags der EnBW würde lediglich die verfehlte bisherige Energiepolitik für weitere 20 Jahre zementiert. Als „VerhandlungsführerIn“ mit einem eigenen Vertragsentwurf kann die

Kommune jedoch die Möglichkeiten des Wettbewerbs unter den Netzbetreibern nutzen und eine neue Energiepolitik vor Ort auf den Weg bringen.

Der Kreisverband hat deshalb in seiner Kreismitgliederversammlung am 8. Juli beschlossen, dieses Thema professionell mit anwaltlicher Unterstützung aufzuarbeiten und mit einer Anschubfinanzierung auszustatten. Weitere Finanzierungsmittel werden noch benötigt.

Das sind die Vertrags-Themen

Nachfolgend ein Vorgeschmack der Themen, die in diesem Zusammenhang Eingang in den Konzessionsvertrag finden sollen:

- Anteil Erneuerbarer Energieerzeugungsstrukturen im örtlichen Netz erhöhen
- Immer noch bestehende Hemmnisse für die Erneuerbaren Energien abbauen:
- Klare Regelungen gegen die Abwälzung der Kosten für den Netzanschluss auf die EEG-Anlagenbetreiber
- Klare Regelungen für Netzanschluss von Nicht-EEG-Anlagen
- Klare Regelungen gegen Kostenabwälzung der Prüfung des Netzanschlusses potentieller EE-Anlagenbetreiber.
- Klare Regelungen für den Netzausbau zugunsten Erneuerbarer Energien



- Klare Regeln für Netzabwurf von EE-Anlagen bei Netzüberlast
- Keine virtuelle Zusammenlegung mehrerer EEG-Anlagen zur Reduzierung der garantierten Einspeisevergütung nach dem EEG
- Schaffung einer Infrastruktur für Bürger-solaranlagen
- Vorgaben zum Ausbau von Wärmedienstleistungsangeboten
- Energieeffizienz-Offensive contra Netzüberkapazitäten
- Netznutzung nur von Stromvertriebsunternehmen mit Energiespartarifen z.B. mit Prämiensystemen oder niedriger Grundgebühr
- Schaffung von Stromsparberatungsangeboten
- Offensiver, flächendeckender Einsatz intelligenter Stromzähler
- Mit optionalen kürzeren Vertragslaufzei-

ten bei sich verändernden energiepolitischen Rahmenbedingungen Netzübernahmen offen halten

- Konkretisierung Endschäftsregelung für spätere Netzübernahmen durch Kommune oder Dritte
- „Überlassung“ nach EnWG = Pacht oder Verkauf?
- Netzübertragung zum Restzeitwert oder Sachzeitwert?
- Entflechtungsaufgaben und -kosten regeln
- Übertragung Grundversorgungskunden?
- Herausgabe der wesentlichen kaufmännischen und technischen Angaben zum Stromnetz
- Rückforderungen Baukostenzuschüsse ?
- Klare Regelungen für Übergang Status „Tarifkunde“ zum Status „Sondervertragskunden“, um schleichend niedrigere Konzessionseinnahmen für die Kommunen zu verhindern
- Klares Bekenntnis zu erdverlegten Leitungen anstatt Freiluftleitungen
- Vertragsstrafen klar regeln

Derzeit erfolgt die Beauftragung einer Anwaltskanzlei, die sich im Energierecht auf dieses Thema spezialisiert hat. Die Ortsverbände und Gemeinderatsfraktionen werden weiter zu dem Thema informiert. Auch auf Landesebene wird der Kreisverband zur LDK und bei der Regionalkonferenz im Oktober mit dem Thema aktiv.

Jürgen Menzel, 0711/3703876
Aufnahme in Info-Verteiler:
Konzessionsvertrag@yahoo.de

Medienplan für bessere Ausstattung an Beruflichen Schulen

Hohes Niveau für Lap- und Desktops angepeilt

Mit Zustimmung der Grünen Fraktion hat der Esslinger Kreistag einen Medienentwicklungsplan für die Beruflichen Schulen beschlossen. Dazu gehören eine Investitionsplanung über sechs Jahre, die Vernetzung in den Schulen und Technik, fußend auf den pädagogischen Nutzungskonzepten der Schulen. Durch 5,9 Millionen Euro für den pädagogischen Bereich und den Verwaltungsbereich erhält der Medienentwicklungsplan eine solide Grundlage, die bei entsprechender Umsetzung einen effektiven und effizienten Einsatz der Mittel ermöglicht.

Die Berufswelt verlangt's

Die Berufswelt heute ist durch Computereinsatz, Netzwerke und andere neue Medien gekennzeichnet. Es gibt praktisch nur noch Berufsfelder mit entsprechenden Anforderungen. Berufliche Schulen müssen besonders durch Lehrpläne, die Ausstattung und die Kompetenz der Lehrkräfte darauf reagieren.

Heute kommen in den Schulen des Landkreises Esslingen 5,56 Schülerinnen und Schüler auf einen Computer. Viele Geräte entsprechen in keiner Weise dem Stand der Technik. Die konsequente Umsetzung des Medienentwicklungsplans bedeutet 2013: Rund viereineinhalb Schülerinnen und Schüler kommen auf einen Desktop- oder Laptop-Arbeitsplatz.

Alle fünf Jahre neue PCs

Das klingt für uns vor allem auch deshalb gut, weil diese Computer dann technisch auf der Höhe der Zeit sein werden. Alle fünf Jahre sollen die Rechner in Zukunft erneuert werden. Die Berufsschulen im Land-

kreis dürften damit besser dastehen als der Bundes- und Landesschnitt. Der Landkreis Esslingen nähert sich zugleich Werten, wie sie in Skandinavien und den Niederlanden die Regel sind.

Primat der Pädagogik

Der Medienentwicklungsplan gewinnt seine eigentliche Stärke durch die pädagogische Arbeit und die Orientierung daran. Mit Recht gilt das Primat der Pädagogik vor der Technik. Zudem muss für die Schulen alle notwendige Flexibilität erhalten bleiben, auch wenn der zentrale Einkauf von Soft- und Hardware ein wesentlicher Baustein für die bessere Ausstattung ohne Kostenexplosion ist. Hierauf gilt es für die Kreisfraktion auch künftig zu achten.

...gut aus grüner Sicht:

1. Die Gutachter-Firma Dr. Garbe Consult plädierte für eine strukturierte Vernetzung mit Kabel und gegen eine komplette Wireless-LAN-Lösung, also Übertragung per Funk. Dies trotz höherer Kosten. Wir haben dies begrüßt, weil es die Sorge vieler vor einer Belastung durch Elektromog Ernst nimmt. Daneben spielen natürlich auch Technikfragen und der Schutz vor Hacker-Angriffen eine Rolle.

2. Das Gutachten setzte sich intensiv mit Fragen der IT-Sicherheit auseinander und dem Schutz vor unerwünschten Inhalten, wie Gewalt, Rassismus und Pornografie. Absoluten Schutz gibt es aber nicht. Die Technik muss hier also der Medienpädagogik den Vorrang lassen. Hier heißt es auch, Vertrauen in unsere Schulen zu setzen.

Ralf Thomas Müller, Kreisrat

Der etwas andere grüne Gesprächsabend.....

Winfried Hermann
im Gespräch

am Donnerstag, 9. Oktober um 20 Uhr
in Aichtal in der Rechbergstraße 23
Durch den Abend führt Gerhard Härer

Winfried (Winne) Hermann wird uns als grüner Abgeordneter des Wahlkreises Tübingen im Bundestag an diesem Abend aktuelle Informationen aus der Bundespolitik darlegen.

Als verkehrspolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion wird er dabei auch zu Themen wie z.B. Stuttgart 21 und die Privatisierung der Bahn Stellung nehmen.

Wir möchten an diesem Abend aber auch den Menschen Winfried Hermann vorstellen:

Welche Ideale und Leitlinien bestimmen sein politisches Handeln?

Was motiviert ihn, Politik zu machen?

Was ist ihm besonders wichtig?

Da wir nur begrenzt Plätze haben, bitten wir um eine Anmeldung bei Walburga Duong:

07127-34659 oder

Terminkalender

- So 28. Sept. Filder-Dankfest, Hagenbrunnenhof Scharnhausen, 11 bis 17 Uhr
- Mo 6. Okt. **Kreismitgliederversammlung**, Kanurestaurant Esslingen, Färbertörlesweg 19, 19:30 Uhr
- Do 9. Okt. Winfried Hermann in Aichtal, Rechbergstraße 23, 20 Uhr
- Sa-So 11.-12. Okt. LDK zur Nominierung der EuropakandidatInnen und zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl in Schwäbisch-Gmünd
- Fr-So 14.-16. Nov. BDK zur Neuwahl des Bundesvorstands in Erfurt
- Mi 19. Nov. Kreismitgliederversammlung

2009

- Fr-So 23.-25. Jan BDK mit Wahl der Europaliste
- Fr-So 8.-10. Mai BDK in Berlin, Bundestagswahlprogramm
- So 7. Juni Europa- und Kommunalwahl
- Sept/Okt Bundestagswahl

Kreisgeschäftsstelle: Plochinger Straße 8, 72622 Nürtingen

Tel.: 07022/35851, kv.esslingen@gruene.de

Öffnungszeiten: Dienstag 9.00 -12.00 und 17.30 - 19.30,
Donnerstag 9.00 -12.00 Uhr

Impressum:

GrünES - Rundbrief

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen / Kreisverband Esslingen

Plochinger Straße 8, 72622 Nürtingen

E-Mail: kv.esslingen@gruene.de

Redaktion: Kreisvorstand, Heike Habermann und Stefan Faiss, Layout: Sonja Abele,

Ausgabe: 4/2008, Auflage: ca. 400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion bzw. des Kreisvorstandes wieder.

Der Rundbrief ist auch als Download auf unserer Homepage

www.gruene-es.de erhältlich.